



Cornelia Behm Nachrichten



Informationen der Brandenburger Bundestagsabgeordneten von Bündnis 90/Die Grünen, Cornelia Behm

Ausgabe 3 – Dezember 2005

KOLUMNE

Liebe Leserin, Lieber Leser

Als bündnisgrüne Politikerin kann ich mit dem Wahlergebnis für meine Partei durchaus zufrieden sein. Bundesweit haben wir unser zweitbestes Ergebnis eingefahren, in Brandenburg haben wir unsere Ziele erreicht: Wir wollten die magische Fünf-Prozent-Hürde nehmen, 10.000 Stimmen dazu gewinnen und mindestens ein Bundestagsmandat erringen. Mit fast 15.000 Stimmen mehr als 2002 sind wir auf 5,1 Prozent der Zweitstimmen gekommen.

Wahlentscheidend war für die meisten unserer Wählerinnen und Wähler das Programm. Wie nicht anders zu erwarten, wurden wir vor allem wegen unseres Engagements im Umweltschutz, des Einsatzes für soziale Gerechtigkeit, der zuverlässigen Außen- und Sicherheitspolitik und unserer zukunftsweisenden Wirtschaftspolitik gewählt.

Der Konstitutionsprozess unserer neuen Fraktion und die damit verbundene Aufgabenteilung sind noch im vollen Gang. Deshalb kann ich auch erst in der nächsten Ausgabe meiner „Nachrichten“ über meine zukünftige Themenpalette und die Zusammensetzung meines Berliner und Potsdamer Teams abschließend informieren.

Fest steht für mich jedoch bereits, dass ich meine Kräfte darauf richten will, für die Menschen im ländlichen Raum Perspektiven zu eröffnen, ob Junge oder Alte, Landwirte oder Ingenieure, Künstler oder Forscher. Sie können mit mir rechnen. Das Wahlergebnis ist für mich eine Verpflichtung, der ich in der kommenden Legislaturperiode gerecht werden will. Ich freue mich auf die weitere gute Zusammenarbeit.

Ihre

Cornelia Behm

Wirtschaft

Ökologische Modernisierung schafft Arbeit in Brandenburg

Im Wahlkampfommer sind wir Brandenburger Bündnisgrünen auf „Unternehmenstour“ gegangen. Unter dem Motto „Mit grüner Politik schwarze Zahlen schreiben“ besuchten wir 25 brandenburgische Unternehmen, die von unserer Wirtschaftspolitik profitieren.

Die Überwindung der hohen Arbeitslosigkeit in unserem Land gehört zu den zentralen Herausforderungen, denen sich bündnisgrüne Politik stellen muss. Wir sind uns dabei bewusst, dass dies ohne wirtschaftliche Dynamik nicht möglich ist. Das heißt für uns jedoch nicht, dass wir deshalb einer umweltzerstörenden Politik, die „Wachstum um jeden Preis“ will, das Wort reden würden. Im Gegenteil: Die zentrale Herausforderung unserer Zeit liegt in der Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Naturverbrauch.

Mit unserer Steuerreform und der Reform der sozialen Sicherungs-

systeme haben wir auf Bundesebene wichtige Weichen für verbesserte wirtschaftliche Rahmenbedingungen gestellt. Zudem hat die grüne Umwelt- und Energiepolitik neue Beschäftigungsfelder erschlossen. Deutschland nimmt bei der Entwicklung und Herstellung umweltverträglicher Produkte auf dem Weltmarkt eine Spitzenposition ein. Auch Brandenburg profitiert von dieser Politik – allein bei den Erneuerbaren Energien konnten hier inzwischen rund 3.000 Arbeitsplätze geschaffen werden.

In dem nun einige Monate zurückliegenden Wahlkampfommer wollten wir die Aufmerksamkeit der Wählerinnen und Wähler auf das grüne Wirtschaftspotential in Brandenburg lenken. Deshalb haben wir auf unserer „Unternehmenstour 2005“ 25 brandenburgische Unternehmen aus den Bereichen Erneuerbare Energien, ökologische Landwirtschaft, naturnaher Tourismus und nachwachsende Rohstoffen besucht.

Die Bilanz der von uns besuchten Betriebe kann sich sehen lassen. →

Schwarze Zahlen dank grüner Politik

Cornelia Behm im Gespräch mit Martina Schulz, der Werksleiterin des Windkraftanlagen-Produzenten „Repower Systems“ in Trampe (Barnim)



Ökologische Modernisierung

Unter dem Motto „Mit grüner Politik schwarze Zahlen schreiben“ besuchten wir 25 brandenburgische Unternehmen. (Fortsetzung von Seite 1)

→ Die Auftragsbücher sind voll. Insgesamt sind bei diesen Unternehmen mittlerweile 1.500 Menschen beschäftigt. Viele der Betriebe planen, ihre Belegschaften weiter aufzustocken. Beispiele hierfür sind die Unternehmen Repower Systems (Barnim) mit 110 Mitarbeitern und die Solarmanufaktur Deutschland GmbH in Prenzlau (Uckermark), die erst im Sommer ein zweites Werk am

Standort Prenzlau eröffnet hat, in dem weitere 50 Arbeitsplätze entstanden sind. Auch der Solaranbieter Conergy GmbH investiert in Brandenburg. Mit einer Investitionssumme von 1,7 Millionen Euro wurden am Standort Rangsdorf (Teltow-Fläming) allein in diesem Jahr weitere 20 Arbeitsplätze geschaffen. In Schwedt (Uckermark) errichtete die

Auftragsbücher sind voll

Nordbrandenburgische Bioenergie GmbH für eine Investitionssumme von 49 Millionen Euro Deutschlands größte Bioethanolanlage mit derzeit 80 Arbeitsplätzen.

Aber auch die Ausbildungsbilanz der von uns besuchten Unternehmen ist sehr gut. Mit über 100 Plätzen, die noch dazu hervorragende Zukunftsaussichten haben, entstehen

durch grüne Ideen wieder Perspektiven für junge Menschen vor allem im ländlichen Raum.

Unsere Unternehmenstour zeigt: grüne Politik ist gut für unser Land. Es sind neue Wachstumsmärkte entstanden, die nach wie vor große Potentiale aufweisen. Deshalb brauchen wir auch weiterhin die ökologische Modernisierung, den Energiewechsel und grüne Ideen mit Zukunft.

Naturschutz unter'm Hammer

Die Bundesregierung unterstützte in den vergangenen Jahren tatkräftig Initiativen zum Schutz der Natur in Brandenburg. *Erinnert sei beispielsweise an die Gewässerrandstreifenprogramme im Spreewald und an der Unteren Havel. Die Brandenburger Landesregierung und der Brandenburger Landtag lassen im Gegensatz dazu keine Gelegenheit aus, um das einstmals fortschrittliche Naturschutzprofil Brandenburgs zu verwässern.*

Gerade geriet das Naturschutzgesetz wieder ins Visier der Brandenburger Parlamentarier. Dabei war es erst vor eineinhalb Jahren novelliert worden. Im Sonderausschuss für Bürokratieabbau fordern SPD, PDS und CDU einhellig die Absenkung der Naturschutzstandards auf das Niveau von EU- und Bundesregelungen. Damit würde das Land Brandenburg jedoch die Gestaltungsmöglichkeiten verschonen, die die Rahmengesetzgebung des Bundes eröffnet. Politisch ist ein solches Vorgehen armselig und darüber hinaus verfassungsrechtlich bedenklich. Ohnehin werden nach einer Untersuchung des Instituts für Mittelstandsforschung nur 4,5 Prozent der Bürokratiekosten durch Umweltauflagen hervorgerufen.

Auch das Großschutzgebietsystem soll in Brandenburg aufgeweicht werden. Seit langem wird die Angliederung der Naturparks an die Landkreise – ihre so genannte Regionalisierung – diskutiert. Zur

Finanzierung wurde vor kurzem eine Stiftung in's Spiel gebracht. Hier besteht die Gefahr, dass sich das Land sukzessive aus der Verantwortung stehlen kann. Außerdem soll sich nach Überlegungen der Landesregierung die Aufgabenstellung der Großschutzgebiete künftig allein auf den Tourismus konzentrieren.

Ein dritter Vernichtungsschlag gegen den Brandenburger Naturschutz besteht in der Neuordnung der Naturschutzbehörden. So ist für die Naturschutzreferate des ehemaligen Umweltministeriums beispielsweise ein überdurchschnittlicher Personalabbau vorgesehen. Kompetenzen und Einflussmöglichkeiten werden durch Personalpolitik beschnitten.

Auf Beratung aus der Fachwelt scheint das Potsdamer Umweltministerium keinen Wert zu legen. Der Umweltbeirat des Landes Brandenburg, in dem der ehrenamtliche Naturschutz gemeinsam mit IHK, Gemeindebund, Gewerkschaften und vielen anderen Interessen-



Brandenburgs Naturschätze bieten ideale Erholungsmöglichkeiten.

vertretern beratend tätig war, wurde seit der letzten Landtagswahl nicht mehr einberufen. Angedacht war seit langem eine Weiterentwicklung zum Nachhaltigkeitsbeirat; daran scheint die Hausleitung jedoch offenkundig kein Interesse mehr zu haben.

Diese Beispiele zeigen, dass Landesregierung und Landtag kurz-sichtig agieren. Denn der Natur-

ve Bevölkerungsentwicklung – im Gegensatz zu anderen ländlichen Räumen.

Den Ruf als Pionier der Naturschutzpolitik in Deutschland darf Brandenburg nicht leichtfertig verspielen. Wir brauchen fachlich versierte Behörden und Großschutzgebietsverwaltungen, hohe Standards und ein modernes Naturschutzrecht, die den Besonderheiten der Brandenburgischen Natur Rechnung tragen. Die Einbeziehung des ehrenamtlichen Naturschutzes in Entscheidungen mag in der Landespolitik unbequem sein, sie ist jedoch fachlich hilfreich und kann das Demokratieverständnis einer Landesregierung unter Beweis stellen. Unsere Forderungen nach einer soliden Naturschutzpolitik werden wir auch in Zukunft auf allen Ebenen nachdrücklich vertreten.

Naturparke als Stiftung?

Naturschutz vernichtet Arbeitsplätze?

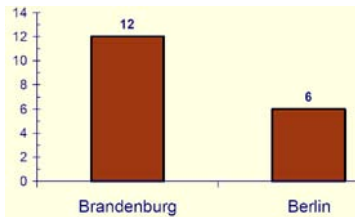
Die Studie „Ökonomische Effekte von Großschutzgebieten“ des Bundesamtes für Naturschutz (BfN-Skript 135) beweist das Gegenteil. Exemplarisch werden Besucherzahlen, Umsätze und Beschäftigungseffekte dreier Großschutzgebiete untersucht, eines davon ist der Brandenburgische Naturpark Hoher Fläming. Dabei wird deutlich, dass Großschutzgebiete die regionale Wirtschaft erheblich fördern. Im Hohen Fläming konnte ein jährlicher Bruttoumsatz im Tourismus von 6,2 Millionen Euro ermittelt werden, was einem Beschäftigungsäquivalent von 211 Arbeitsplätzen entspricht. Die Studie weist nachdrücklich darauf hin, dass Tourismus und Naturschutz nicht getrennt voneinander betrachtet werden dürfen.

schutz ist als Grundlage für die Entwicklung des Tourismus zum Markenzeichen und damit zu einem wichtigen Wirtschaftsfaktor in Brandenburg geworden. Zahlreiche Besucher konnten durch den besonderen Ruf Brandenburgischer Großschutzgebiete angelockt werden. Tausende Arbeitsplätze entstanden in den schönsten Gebieten unseres Landes. Statistiken bescheinigen den Großschutzgebieten eine positi-

Rechtsextremismus entschieden entgegentreten

Rechtsextremes Denken und rechtsextreme Einstellungen sind in Brandenburg in erschreckend hohem Maße verbreitet. Die Dramatik der Situation wurde durch eine in diesem Frühjahr von den Berliner Politikwissenschaftlern Oskar Niedermayer und Richard Stöss vorgelegte Studie zu „Rechtsextremen Einstellungen in Berlin und Brandenburg“ aktuell verdeutlicht.

Die Studie ermittelte bei 12 Prozent der Brandenburger ein rechtsextremes Weltbild, wobei dieses in den Altersgruppen zwischen 25 und 34 und oberhalb von 55 Jahren besonders stark ausgeprägt ist. Von einem gefestigten rechtsextremen Weltbild gehen die Autoren der Studie dann aus, wenn die Befragten in ihrer Weltanschauung sowohl Ausländerfeindlichkeit, als auch die Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur, Antisemitismus, die



Rechtsextremes Potential in Prozent der Gesamtbevölkerung...

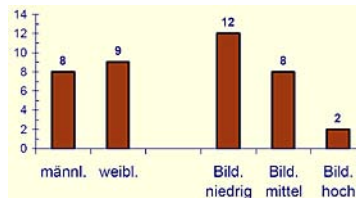
Verharmlosung des Nationalsozialismus sowie eine sozialdarwinistische (die Unterscheidung in wertvolles und unwertes Leben) und chauvinistische Einstellung (Überlegenheit der Deutschen gegenüber anderen Völkern) vereinigen. Dabei flossen in den mit 12 Prozent erfassten rechtsextremen Bevölkerungsteil nur die Befragten ein, die alle diese Attribute zusammen aufwiesen. Das heißt, dass bei der Befragung bei einem viel größeren Bevölkerungsteil rechtes Gedankengut festgestellt wurde.

Als Bündnisgrüne müssen wir dem Rechtsextremismus weiter entschlossen entgegentreten. Dabei kommt unserem konkreten Handeln vor Ort eine große Bedeutung zu. Denn Rechtsextremismus ist nicht abstrakt. Er zeigt sich im tagtägli-

chen Leben unserer Städte und Dörfer. Neue Ideen und Initiativen sind gefragt. Die Internetplattform gegen Rechtsextremismus des Brandenburger Landesverbandes von Bündnis 90/Die Grünen bietet dafür ein wichtiges Informationsportal.

Eine erfolgreiche Initiative, die sich neben vielen anderen Projekten dem entschlossenen Engagement gegen rechtsextremes Denken verschrieben hat, heißt „Bands auf festen Füßen“ (BAFF). Dieses Jugendmusik- und Tanz-Projekt gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus nahm seinen Anfang bereits 1994 in der Evangelischen Kirchgemeinde Joachimsthal im Barnim. Erfahrene Künstlerinnen und Künstler begleiten die Jugendlichen in verschiedenen Band- und Tanzprojekten. Dabei lernen die Jugendlichen ihre eigene Kreativität kennen und zu

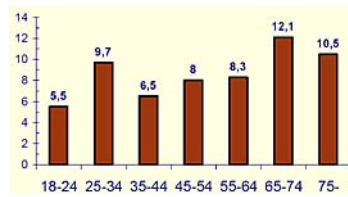
nutzen. Die Gruppen bilden in dem kleinen Ort eine starke Gegenkultur zur rechten Jugendkulturszene, indem sie Wege zeigen, wie Jugendliche der rechtsextremen Gefahr entgegentre-



...nach Geschlecht und Bildung der Befragten.

ten können. Das Projekt hat eine erfolgreiche Alternative zu rechten

Kameradschaften aufgebaut und wird mittlerweile auch in anderen Kirchgemeinden, Schulen und Jugendgruppen der Region angeboten.



...nach Alter der Befragten.

Im letzten Sommer haben wir gemeinsam mit BAFF das jugendkulturelle Event „Musik im Park – Jugend für Toleranz“ in Joachimsthal veranstaltet. Neben einem Fachforum verschiedener Brandenburger Initiativen und Bündnisse gegen Rechtsextremismus bekamen die Musik- und Tanzgruppen von BAFF die Gelegenheit zu einem großen Auftritt mit Rockmusik, Hip-Hop, Rap und Breakdance. Dabei hatten sie gleichzeitig die Möglichkeit, ihre Konzepte und Ideen für einen toleranten Umgang untereinander und mit Fachleuten zu besprechen.

Die Stärkung der Jugendkultur ist besonders deshalb wichtig, weil rechtsextreme Gruppen ihre Ideologien zunehmend durch das Verschenken und den Vertrieb von CDs auf Schulhöfen verbreiten und sich diese Musik hoher Attraktivität erfreut. „Musik im Park“ und „BAFF“ sind aber attraktiver, weil Jugendlichen hier die Chance gegeben wird, auch auf dem Lande Rock und Rap selbst zu erlernen. Mitmachen schafft festere Bindungen als reiner Konsum.

Garten der Sinne

Cornelia Behm besuchte am 30. September den Waldkindergarten in Pätz bei Königs Wusterhausen. Dort ließ sie sich von den Kindern durch den im Sommer neu eingerichteten „Garten der Sinne“ führen.

Solidarität mit Lakoma

Am 19. Oktober besuchte Cornelia Behm Bewohner und Naturschützer in Lacoma bei Cottbus, die gegen Baumfällaktionen protestierten. Der Vattenfallkonzern versucht in dem ehemaligen Dorf ohne Planfeststellungsbeschluss vollendete Tatsachen für die Abaggerung zu schaffen.

Genfelder in Brandenburg

Am 22. Oktober war Cornelia Behm bei einer Gesprächsrunde der Arbeitsgemeinschaft Gentechnik Märkisch-Oderland in Strausberg zu Gast. Im Zentrum der Diskussion mit Vertretern aus den Bereichen Landwirtschaft, Lebensmittelvertrieb sowie Umwelt- und Naturschutz stand der Umgang mit dem zunehmenden Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen im Landkreis Märkisch-Oderland.

Mehr Bürgerbeteiligung

Auf der Landesmitgliederversammlung der Grünen Jugend Brandenburg am 29. Oktober in Berlin stellte Cornelia Behm die grünen Eckpfeiler für mehr Bürgerbeteiligung in der Politik vor. Im Zentrum ihres Vortrages stand die Einführung von Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheiden auf der Bundesebene.

Wirtschaftsraum Schraden

„Projekte zum Mitmachen – 5 Jahre LEADER+ im Wirtschaftsraum Schraden“ war das Motto der 2. Regionaltagung im Landkreis Elbe-Elster, an der Cornelia Behm am 7. November auf Gut Saathain teilnahm. Im Mittelpunkt standen dabei die Themenbereiche Agrarwirtschaft, Erneuerbare Energien und Tourismus.



Gegen Rechts – im Internet

Die grüne Plattform gegen Rechtsextremismus ist abrufbar auf der Seite:

www.gruene-ohv.de/gegen%20rechts/index2.html

Auf dieser Seite existiert auch ein Link zu den Ergebnissen der Studie von Niedermayer und Stöss.



Liebe Leserin, Lieber Leser

als einzige Brandenburger Bundestagsabgeordnete von Bündnis 90/Die Grünen begreife ich ganz Brandenburg als meinen Wahlkreis. Daher waren meine Besuche bei unseren Kreis- und Ortsverbänden sowie bei Unternehmen, Initiativen und Vereinen zwischen Prignitz und Lausitz ein wichtiger Baustein für meine Arbeit im Deutschen Bundestag.

Auch in der kommenden Legislaturperiode werde ich wieder viel im Land unterwegs sein, mit Veranstaltungen, Besuchen und Vor-Ort-Terminen. Darüber hinaus plane ich, Bürgersprechstunden in den verschiedenen Kreisen anzubieten. Ich freue mich deshalb über Anregungen zu Themen und Problemen in den Regionen. Mein Mitarbeiter im Wahlkreisbüro, Olaf Goldschmidt, nimmt diese gerne entgegen.

Ihre

Cornelia Behm

Impressum

Cornelia Behm Nachrichten

Herausgeberin:

Cornelia Behm (V.i.S.d.P.)
Wahlkreisbüro,
Jägerstr. 18, 14467 Potsdam
Tel.: 0331.887 10 56
Fax: 0331.887 10 55
Internet: www.cornelia-behm.de
cornelia.behm@wk.bundestag.de

Fotos & Grafiken:

- Seite 1: MAZ-Matthias Gabriel –
- Seite 2 und 4: Rüdiger Herzog –
- Seite 3, Grafiken: Bundesverband Bündnis 90/Die Grünen –
- Seite 3: O. Niedermeyer, R. Stöss –

Layout/Satz:

WortSchlag.net
Postfach 880135 – D-13107 Berlin
Tel./Fax: 030.243 55 868
Mail: service@wortschlag.de
www.wortschlag.net

Druck:

Druckerei E. Stein
Hegelallee 53
14467 Potsdam

Cornelia Behm zu Gast in Potsdamer Grundschule

Am 14. September lud die 5. Klasse der Evangelischen Grundschule Potsdam die Bundestagsabgeordnete Cornelia Behm in den Gesellschaftskundeunterricht ein.

Was wollten Sie als Kind werden? Wofür setzen Sie sich persönlich am meisten ein? Welche Tätigkeiten können Sie noch nebenher ausüben? Was war Ihr peinlichster Moment? Diese und viele andere Fragen stell-

ten Schüler der Evangelischen Grundschule Potsdam Cornelia Behm in einer Doppelstunde im September; direkt und schnörkellos.

Nur wenige Tage vor der Bundestagswahl waren die 10- und 11-Jäh-

rigen sehr neugierig auf eine echte Abgeordnete. Im Fach Gesellschaftskunde haben sie sich insgesamt eine Woche mit dem politischen System der Bundesrepublik befasst. Dabei entstanden all die versierten fachlichen wie auch persönlichen Fragen.

In der Unterhaltung und bei Nachfragen wurde deutlich: Kinder können mit „Politikersprech“ nichts anfangen und geben sich mit Fachtermini nicht zufrieden. Cornelia Behm versuchte, die Sprache der Kinder zu finden. Offenbar gelang es ihr; nach der Doppelstunde konnten sich einige Schüler sogar vorstellen, später einmal selbst als Abgeordnete zu arbeiten. Hoffentlich bleiben sie am Ball. In 10 Jahren gehören sie vielleicht zu den neuen „Jungen Wilden“.



Cornelia Behm bei den „Jungen Wilden“ von morgen.

BEHMERKUNGEN

Holzbeschaffungsrichtlinie notwendig

Die Vorgänge um die Anschaffung von Tropenholzfenstern aus illegalem Einschlag durch die Bundestagsverwaltung zeigen: Wir brauchen endlich eine Holzbeschaffungsrichtlinie, die allen Bundesbehörden vorschreibt, dass sie nachprüfbar nur Holz aus nachhaltiger Produktion anschaffen, anstatt sich am billigsten Angebot zu orientieren. Eine solche Richtlinie fehlt bisher. Die rot-grüne Bundesregierung hat bereits eine Holzbeschaffungsrichtlinie vorbereitet, die einen Kriterienkatalog für die Holzbeschaffung des Bundes festlegt. Die Verabschiedung wurde durch die vorgezogene Neuwahl verhindert. Wir fordern die künftige Bundesregierung auf, diese Initiative aufzugreifen und die Richtlinie zu verabschieden. Pressemitteilung vom 7. November 2005

Nationales Urwaldschutzgesetz gefordert

Jedes Jahr werden etwa 15 Millionen Hektar Urwald zerstört. Nach neuesten Erkenntnissen schreitet die Vernichtung des Amazonas-Regenwaldes sogar doppelt so schnell voran wie bisher bekannt war. Deshalb muss der EU-Aktionsplan zum Urwaldschutz (FLEGT) durch ein nationales Urwaldschutzgesetz ergänzt werden. Die Einführung eines Besitz- und Vermarktungsverbot für illegal in Urwäldern geschlagenes Holz ist unverzichtbar. Um die Einhaltung dieses Verbotes kontrollieren zu können, sollen die Holzhändler und -verarbeiter verpflichtet werden, einen Legalitätsnachweis vorzulegen. Pressemitteilung vom 2. Oktober 2005

Behm protestiert gegen Polizeieinsatz

Am 18. Oktober beendete die Brandenburger Polizei Baumbesetzungen durch Robin Wood bei Lacoma (Cottbus). Diese sollten Baumfällungen des Vattenfallkonzerns für den Tagebau Cottbus Nord verhindern. Die Ignoranz, mit der Vattenfall gegen die Bewohner und die Natur von Lacoma vorgeht, macht mich betroffen. In Lacoma sollen endgültig Tatsachen geschaffen werden, obwohl der Planfeststellungsbeschluss zur Genehmigung der Abbaggerung weiterhin auf Eis liegt. Das Land Brandenburg lässt sich zum Handlanger der Braunkohlewirtschaft degradieren.

Mehrwertsteuererhöhung ist sozial ungerecht

Eine Anhebung der Mehrwertsteuer lehnen wir Bündnisgrünen ab. Denn sie trifft überproportional sozial Benachteiligte und nimmt Haushalten mit kleinen Einkommen – also Arbeitnehmern, Rentnern, Studenten, Familien und Arbeitslosen – Kaufkraft. Auch die konjunkturelle Entwicklung wird so gefährdet. Zudem treibt die geplante Anhebung der Mehrwertsteuer die Inflationsrate nach oben, was wiederum die sozial Schwächeren am stärksten zu spüren bekämen. Anstatt die Konsolidierung der Finanzen mit ökologischem Augenmaß und sozial gerecht zu gestalten, soll der kleine Mann zur Kasse gebeten werden. Der Abbau umweltschädlicher Subventionen, wie zum Beispiel im Steinkohlebergbau und die bessere Umsetzung des Steuerrechts bleiben dabei außen vor.